

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 6. Juli 1932

Nummer 54

Tarifpolitischer Rückblick

Nachdem nun auch der Reichstarif für das Deutsche Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal endlich unter Dach und Fach ist, dürfte eine konzentrierte Zusammenfassung der Entwicklung und Ergebnisse unserer diesjährigen Tarifbewegung mehr als nur zeitgemäße Berechtigung haben. Ist auch die Berichterstattung aus vielen großen und kleinen Mitgliedschaften des Verbandes über ihre Stellungnahme zu den Vereinbarungen vom 14. Mai d. J. bis heute noch nicht erschöpft, so lassen doch die noch vorliegenden Berichte erkennen, daß durch sie das Gesamturteil unserer Kollegenchaft keine wesentliche Veränderung erfahren wird. Wie es von wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus nicht anders zu erwarten ist, trug und zeigte diese Stellungnahme einen äußerst kritischen und erbitterten Charakter, der nur als ernstes Warnungssignal gegenüber jedem Versuch, auf diesem Weg noch weiter zu verharren, beurteilt werden kann. Wenn auch im Rahmen dieser starken Erbitterung über das nach unendlichen Mühen unserer Organisationsvertreter erzielte Resultat gegen die letzteren teilweise sehr unsachliche und unkollegiale Vorwürfe unterlaufen sind, so muß dies leider in unserer Zeit der schwersten politischen und wirtschaftlichen Verwirrung wohl oder übel in Kauf genommen werden. Es bestätigt sich damit ja nur die von unserer Organisationsvertreter in allen Phasen der Verhandlungen selbst eingenommene Haltung gegenüber den geradezu unverantwortlichen Zumutungen von Unternehmerseite als vollaus berechtigt.

Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, die ursprünglichen unerhörten Verschlechterungsabsichten der heutigen Führung des Deutschen Buchdrucker-Vereins restlos zu vereiteln, so kann und muß darüber nur die rein sachliche Erwägung hinweghelfen, daß auch die Arbeiterchaft des deutschen Buchdruckgewerbes auf keiner von aller Welt und ihrer Wirtschaft abgesperrten oder unabhängigen Insel lebt, sondern nach wie vor von innen wie nach außen unlosbar mit ihrer Mit- und Umwelt passiv wie aktiv verbunden ist. Trotzdem war es möglich, daß sich die deutsche Buchdruckerarbeiterchaft dank ihrer gewerkschaftlichen Geschlossenheit inmitten eines allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Trümmeraufbaus bisher immer noch besser behaupten konnte als viele andere Berufs- oder Industriegruppen. Wir betonen dies deshalb, weil es eine auch in andern Arbeiterkreisen unbestrittene Tatsache ist, und weil es für die weitere Entwicklung der Dinge auf tarifpolitischen Gebieten nichts Gefährlicheres und Trostloseres geben könnte, als wenn gelegentliche Einbußungen unserer tariflichen und wirtschaftlichen Errungenschaften einer allgemein achtungsgebietenden Vergangenheit und kollegialen Geschlossenheit die innere Widerstandskraft unserer Kollegenchaft und die persönliche Verbundenheit mit ihren Vertrauensmännern ernstlich erschüttern könnten. Wohl sind wir trotz zähen und harten Kampfes unserer verantwortlichen Führer um jeden Fußbreit Boden des tariflichen Kampfgeländes, auf dem mehr als je zuvor mit stark vernebelnden und juristischen Giftgasen von Seiten der Gegner „gearbeitet“ wurde, teilweise zurückgedrängt worden. Aber der Friedensschluß mit all seinen Begleitumständen, durch den die mit der Ablehnung der Verbindlichkeit des Schiedspruchs entstandene tariflose Zeit nach Erschöpfung aller weiteren Möglichkeiten schließlich überbrückt werden mußte, wird auch den Unternehmern nahegebracht haben, daß ähnliche Bedrohungen des Tarifgebäudes in Zukunft ebenso wie jetzt an der gewerkschaftlichen Verbundenheit der Organisationen des Buchdruckgewerbes zerbrechen

werden. Durch weitere Vertiefung gegenseitigen Vertrauens in unsere eignen Reihen wird sicher auch wieder die Bahn frei für die Zurückgewinnung der wenigen in schwerster Notzeit geräumten tariflichen Positionen.

Dazu gehört aber nicht nur subjektive und negative Kritik des diesmaligen Ergebnisses der Tarifverhandlungen, sondern in erster Linie objektives und nicht zuletzt kollegiales Verstehen der für unsere verantwortlichen Unterhändler vorhandenen Möglichkeiten ihrer taktischen Bewegungsfreiheit nach allen, öffentlich nicht immer deutlich zu erkennenden oder erkennbar zu machenden Seiten. Dieses taktische und positive Verstehen so weit wie möglich zu erschließen, soll der Zweck des nachfolgenden Rückblicks sein, der eine besondere aktuelle Bedeutung noch dadurch erhält, daß die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 52 vom 28. Juni in begrifflichem Ärger über das Fiasko des Deutschen Buchdrucker-Vereins im Tarifkonflikt mit den Hilfsarbeitern ihre Leser mit folgenden Drohungen gegen die Hilfsenschaft zu trösten versuchte: „Der Verband hätte darum klüger gehandelt, wenn er in dem Tarifkonflikt mit den Hilfsarbeitern die Finger aus dem Spiel gelassen hätte; denn die unerhörten Ausforderungen zu dieser Angelegenheit in der Nr. 50 des „Korrespondent“ werden auf Prinzipalsseite nicht so bald in Vergessenheit geraten. Der Deutsche Buchdrucker-Verein wird sich der Haltung des Hilfsverbandes sicher bei passender Gelegenheit erinnern.“ Wozu wir abkühlend vorläufig kurz bemerken möchten, daß die Hilfsenschaft es nur begrüßen wird, wenn sich der Deutsche Buchdrucker-Verein keinem Zweifel darüber hingibt, daß ehrliches und nicht juristisch fastriertes Solidaritätsgefühl bei der gesamten Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes kein leerer Wahn, sondern eine stiftlich begründete Selbstverständlichkeit ist, mit der die Unternehmer unseres Gewerbes mit oder ohne juristische Spekulationen auch in Zukunft werden rechnen müssen. Daher wird die Hilfsenschaft mit gebührender Sachlichkeit davon Notiz nehmen, daß sich der Deutsche Buchdrucker-Verein nach vorstehendem Bekenntnis der „Zeitschrift“ auch für die Zukunft mehr auf ein Nichtwoollen als auf ein Nichtkönnen bei passender Gelegenheit einstellen will. Das hat er zwar bisher schon in reichlichem Maß getan; nur haben seine Wortführer das niemals wahr haben wollen. Man wird sich also auch auf Hilfsenseite auf solche jetzt schon von Unternehmenseite öffentlich angedrohte Vergeltungspolitik einzurichten wissen; wozu nachfolgende zusammenfassende Erinnerung an die anstehenden Forderungen der Unternehmer ihre Verhandlungstaktik und deren Früchte nicht nur beiläufig dienen dürften.

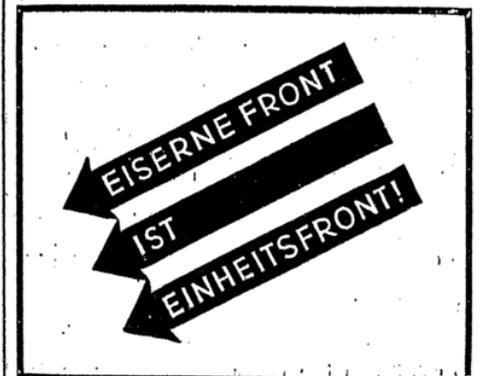
Die beiderseitigen Forderungen

Als in der ersten Hälfte des März d. J. die Anträge des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu den am 15. März beginnenden Tarifverhandlungen in Sicht kamen, gaben wir schon in Nr. 20 des „Korr.“ vom 9. März der Ansicht Ausdruck, daß sich auch diesmal die prinzipialsten Anträge wieder nur im bekannten Rahmen privatkapitalistischer Unterbewertung der menschlichen Arbeitskraft und der krisenverursachenden Überbewertung der mechanischen oder materiellen Produktionsmittel halten werden. Denn nach allen vorhergehenden Verkaufbarungen aus Unternehmerkreisen war zu erwarten, daß deren Anträge den Stempel rücksichtsloser Rettungsversuche der individualistischen Betriebsheerrschaft und egoistischen Profitwirtschaft noch viel ausgeprägter als je zuvor tragen

würden. Die dann dem Verbandsvorstand im Austauschwege eine Woche vor dem Verhandlungsbeginn zugestellte Antragsvorlage der Unternehmer übertraf nicht nur den grundsätzlichen Teil dieser Befürchtung, sie bezweckte sogar einen völlig neuen Tarifaufbau der nach Inhalt wie Form eine fast restlose Zertrümmerung der im deutschen Buchdruckgewerbe seit Jahrzehnten gewerbeüblich gewordenen vertragsrechtlichen Sicherung der beiderseitigen Rechte und Pflichten der Tarifkontrahenten darstellte. Im wesentlichen zeigten sich diese tarifpolitischen Verkerrungen, die in Tendenz wie Aufbau an rein juristischen Fallen und Verschleierungen reaktionärer Gesinnung nichts zu wünschen übrig ließen, in folgenden

Forderungen der Prinzipale

1. Restlose Ausschaltung des geringsten Mitbestimmungsrechts der Hilfsenschaft bezüglich ihrer Arbeitsleistungen.
2. Unerträgliche Kontrollmaßnahmen durch weitere schriftliche und mechanische Sicherungen.
3. Beliebig und willkürliche Verlängerung oder Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von einem Tag zum andern, je nach Auftragsbestand oder persönlicher Laune des Unternehmers für jeden einzelnen Hilfsen wie ganze Personale oder einzelne Abteilungen.
4. Teilweiser Ersatz des Wochenlohns durch Stundenlohnvereinbarung.
5. Erweiterung der bisherigen Lohnabstufungen nach unten und nach oben; letzteres in dem Sinne, daß längere Arbeitslosigkeit junger Hilfsen den Anspruch auf den tariflichen Höchstlohn bis über das 30. Lebensjahr hinauschieben konnte.
6. Herabsetzung des Zuschlags für die Maschinenfänger um die Hälfte und für die Korrektoren um ein Drittel.
7. Zerschlagung des Reichslohnstarifs durch freiwilleige Festsetzung der Ortszuschläge mit Anpassung an die Löhne anderer Gewerbe an den einzelnen Orten.
8. Wöchentliche Kündigung des übertariflichen Lohnanteils ohne gleichzeitige Aufhebungsmöglichkeit des ganzen Einzelarbeitsvertrags.
9. Ausschaltung des Lohns außerhalb der vertragsüblichen Arbeitszeit.
10. Aufhebung jeder Schuldverpflichtung des Unternehmers aus vertragsrechtlichen Ansprüchen eines Arbeiters nach Ablauf von zwei Wochen seit Aufhebung des Arbeitsvertrags, wenn kein Anspruch geltend gemacht, und nach zwei Monaten, wenn gerichtliche Klage eingereicht worden ist.
11. Herabsetzung der bezahlten Feiertage von bisher 8 auf nur 5 und sonstige Einschränkungen der Feiertagsbezahlung.
12. Allgemeine Verpflichtung zur Leistung von Nacht- und Sonntagsarbeit und beträchtliche Herabsetzung der bisherigen besonderen Entschädigungssätze dafür.
13. Wesentliche Einschränkung der Entschädigung für Dienstverhinderungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs; darunter sogar Wegfall der Entschädigung bei Dienstverhinderung durch Betriebsunfall.
14. Uneingeschränkte Leistungspflicht für Überstunden und erhebliche Kürzung der bisherigen Überstundenaufschläge.



- 15. Einschneidende Herabsetzung der Zahl der Urlaubstage und völlige Beseitigung der sogenannten Berufsferien.
- 16. Verschärfung oder teilweise Aufhebung der Sonderbestimmungen für einzelne Berufsgruppen, die einer unerträglichen persönlichen Schikanierung im Produktionsprozess Tür und Tor geöffnet hätten.
- 17. Verschärfung der Lehrlingskala und Herabsetzung der Kostgeldsätze bis zur Hälfte.
- 18. „Verfeinerung“ der tariflichen Rechtsprechung mit Kostenbelastung der Kläger oder unterliegenden Partei und Verschärfung tarifrechtlicher Bindungen.

Diesem Zwiebelnschuppen reaktionärer Unersättlichkeit oder sogenannter juristischer Voraussetzungen „produktiver Wirtschaftsführung“, die nur darauf abzielen, sich auf Kosten der Arbeiterschaft das Gewerbes rücksichtslos über Wasser zu halten oder zu bereichern, wurden in der Hauptsache folgende **Forderungen** der **Gehilfenorganisationen** gegenübergestellt:

- 1. Einbeziehung technisch tätiger Angestellter in den tariflichen Geltungsbereich.
- 2. Ausschaltung besonderer tariflicher Haftpflicht der Gehilfen aus dem Produktionsprozess.
- 3. Einführung der Vierzigstundenvoche, auf 5 Arbeitstage zu je 8 Stunden in der Woche; für Tiefdruck 35 Stunden mit je 7 1/2 stündiger täglicher Arbeitszeit. Einseitige Festlegung der täglichen Arbeitszeit in den Stunden von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends für den Gesamtbetrieb; 4 1/2 stündige Anfahrzeit für Einführung oder Änderungen von Schichten für mindestens eine Woche. Zulassung von Kurzarbeit nur durch Vereinbarung unter Offenlassung der Kündigungsfrist für jeden Gehilfen.
- 4. Reduzierung der bisherigen vier Lohn- oder Altersklassen auf drei.
- 5. Bezahlung aller gesetzlichen oder vom Geschäft angeordneten Feiertage.
- 6. Freigabe eines vollen Wochentags bei regelmäßiger Sonntagsarbeit von 6 und mehr Stunden.
- 7. Beseitigung der bisherigen Karenz bei Entschädigung für Dienstverhinderung infolge Betriebsunfalls.
- 8. Wirksameres Mitbestimmungsrecht der Gehilfen durch ihre Betriebsvertretung zur Vermeidung von Überstunden. Streichung der bisherigen Leistungspflicht für Überstunden.
- 9. Vermehrung der Urlaubstage bis zu 18 Tagen, einschließlich Erweiterung des Ferienanspruchs nach der Zahl der Berufsjahre.
- 10. Einige Änderungen in den Sonderbestimmungen für einzelne Sparten, die sich für die Praxis ihrer Berufstätigkeit als unfair oder ungünstig erwiesen haben.
- 11. Einschränkung der Lehrlingskala.
- 12. Vereinfachung der tariflichen Rechtsprechung und der dazu erforderlichen Organe.

Die zur Beratung dieser Anträge am 15. März aufgenommenen Verhandlungen der Tarifkommission waren kurz und bündig. Am Abend des ersten Verhandlungstags wurde von Unternehmerseite in einer formulierten Erklärung die gehilfenseitige Forderung auf Zurückziehung der Prinzipalsanträge bezüglich der Lohnregulierung zurückgewiesen und „ordnungsgemäße“ Verhandlungen über alle ihre Anträge verlangt. Der zweite Tag nahm seinen Anfang mit der Abgabe einer Gegenerklärung der Gehilfenvertreter, in der die Behauptung, daß ihre Forderung vom ersten Tag eine einseitige sei, als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen und festgestellt wurde, daß auch die gehilfenseitigen Anträge zur Lohnfrage unter der gleichen Voraussetzung bezüglich der Anträge des Deutschen Buchdrucker-Vereins zurückgezogen werden. Da dies die Vertreter des letzteren abermals ablehnten, beantragte die Gehilfenseite Vertagung der Verhandlungen; worauf prinzipalsseitig die Anrufung des tariflichen Zentral-Schlichtungsamts angeknüpft wurde, was unsere Vertreter lediglich zur Kenntnis nahmen und eine Anrufung dieser Instanz ihrerseits ablehnten; womit das Ende dieser Verhandlungen eingetreten war, worüber in Nr. 23 des „Korr.“ vom 19. März ein eingehender Verhandlungsbericht gegeben worden ist.

Am 30. März trat dann das zuständige Zentral-Schlichtungsamt in Aktion, nachdem in der Zwischenzeit vom Deutschen Buchdrucker-Verein auch der Lohn tarif zum 30. April gefordert worden war. Zu diesen Verhandlungen gaben unsere Vertreter von vornherein die Erklärung ab, daß infolge der durch die Notverordnung vom 8. Dezember erschwerten wirtschaftlichen Lage der Gehilfenschaft für die Gehilfenvertretung keine Möglichkeit geboten sei, sich an einer Beratung von Anträgen der Unternehmer zu beteiligen, die auf eine weitere Verschärfung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft gerichtet sind. Sie lehnten alle diesbezüglichen Anträge der Unternehmer ab und stellten ihre eigenen Forderungen zugunsten

eines einfachen Antrags auf Verlängerung des bisherigen Tarifvertrags zurück. In der sich dann rein formalrechtlich abwickelnden Begründung der Unternehmerträge vor dem unparteiischen Vorsitzenden legten unsere Vertreter das Hauptgewicht auf die Forderung der Arbeitszeitverkürzung. Nach dreitägigen ersten und äußerst konfliktreichen Verhandlungen wurde am 1. April auch die Entscheidung des Reichs-Schlichtungsamts vertagt; und zwar bis zum 16. April, weil in der Zwischenzeit die Möglichkeit gegeben schien, mit einer endgültigen Entscheidung der Reichsregierung zur allgemeinen tarifpolitischen Entwicklung nach dem 30. April rechnen zu können. Dem ausführlichen Bericht über den Verlauf dieser Verhandlungen vor dem Zentral-Schlichtungsamt in den Nrn. 28, 29 und 30 des „Korr.“ ist hier ebenfalls nichts mehr hinzuzufügen. Es war im allgemeinen eine überaus **lächerliche** Auseinandersetzung zwischen den Tarifparteien über die neuzeitliche reaktionäre Tarifpolitik auf Unternehmerseite, aus der mit aller Deutlichkeit zu erkennen war, daß sich die gegenwärtige Führung des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht mehr wie früher auf selbstgewählten Bahnen rein gewerbetätiger Interessen bewegt, sondern in der Gefolgschaft von allgemeinen Unternehmerrichtlinien verstrickt ist, die auch heute noch die zu einem „weit“ über-„bedarf“-ausgeweiteten Produktionsapparat benötigten menschlichen Arbeitskräfte in rücksichtslosester Weise ausbeuten und dafür büßen lassen wollen, daß die sogenannten Wirtschaftsführer sich in ganz unverantwortlicher Weise ebenso verrechnet haben wie die Strategen des Weltkriegs. Diese Tatsache fand dann auch ihren Ausdruck in dem am 16. April vom Zentral-Schlichtungsamt gefällten **ungerichten und einseitigen** Schiedspruch, auf dessen Inhalt und Einfluß auf die weitere Entwicklung der Dinge in einem zweiten Teil dieses tarifpolitischen Rückblicks eingegangen werden soll.

Der nationalsozialistische „Ständestaat“

Der Reichsverband der deutschen Industrie beschäftigt sich kürzlich mit dem Gedanken der Aufrichtung eines Ständestaates, der in der nationalsozialistischen Propaganda eine so große Rolle spielt. In dem erleuchteten Kreis der Großindustriellen wurden dem Gedanken des Ständestaates große Sympathien entgegengebracht. Die Zustimmung des Großkapitals läßt sich dementsprechend, die im **Interesse des Ständestaates** durch die **Erhabenheit** der **Ständestaats** **Wahrnehmung** der **Ständestaats** **Beitrag** vom Ständestaat schwärzen, haben überhaupt keine Vorstellung davon, was er bedeuten soll. Ihnen gefällt die Phrase, sie beruhigen sich an dem wohlgerilligten Wort. Auf einem Firmenschild konnte man einmal die seltsamen Worte lesen: **Ratz Schulze, Schneidermeister und Luftbombe**. Erstaunt fragte man den Meister, was das Wort **Luftbombe** im Schild bedeute? Das weiß ich nicht, antwortete er. **Beschalt** haben sie es dann ins Firmenschild aufgenommen? **Weil** mit das Wort so gut gefiel! antwortete er. Manche Anhänger des Ständestaates begeistern sich aus ähnlichen Gründen für dieses Wort. In der Begeisterung anderer spuken romantische Erinnerungen an längst verklungene Zeiten. Die Erinnerung an die Jünte der Vergangenheit, wie sie in den „Meisterfingern von Nürnberg“ im letzten Akt so froh und farbenprächtig aufmarschieren, wird wadgerufen. Ein **Zyhl** vernünftigen und zufriedenen Daseins, in dem noch Berufsstände hochgehalten wurden. In der **Vielfältigkeit** der **Stände** und **Berufe** glänzt hoch der Stern der **Volksinheit**. Diese schönen alten Zeiten mögen im Ständestaat zu neuem Leben erweckt werden. Hinter den Romantikern des Ständestaates lauern freilich die geschäftstüchtigen Verbandsjuden, die die Trommel für den Ständestaat rühren, der sämtliche Angehörige eines Berufs zwangsmäßig in ihren Verbänden organisieren und der die Mitgliederzahl und die Beitrags-einnahmen der Verbände rufartig in die Höhe bringen würde, als wie schöne Ausflüchte für Verbandsjuden!

Jedoch wird man bald aus den Wolken fallen, sobald der Ständestaat nicht mit den romantischen Vorstellungen einer — im übrigen falsch gesehenen! — Vergangenheit verknüpft, sondern mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur des modernen Staates in Verbindung gebracht wird. Auf dem Schild des Ständestaats steht eine **Überchrift**, die ihn für den ersten Blick anziehend macht. Diese **Überchrift** lautet: **wirtschaftliche Selbstverwaltung**. Sieht man aber näher zu, so stellt sich bald heraus, daß die **Selbstverwaltung** des Ständestaates eitel Schein und Trug ist, und der Ständestaat in Wirklichkeit alles, was in der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung lebendig ist, abtötet und abtöten muß. Hinter dem **Ausgangsschild** der **Selbstverwaltung** herrscht die **naakte Gewalt** der **Diktatur**.

Der demokratische Staat begünstigt die Entwicklung von Organen der Selbstverwaltung. Die moderne Wirtschaft mit ihren sozialen Gegenständen fördert die Organisations-tendenzen. Die aufstrebende Arbeiterklasse schuf ihre gewerkschaftlichen Organisationen, die dann auch in der sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung eine wichtige Rolle spielen. Es entstanden das kollektive Recht, die kollektive Arbeitsverfassung. Die Organisation der Arbeiter und der Unternehmer wirken im Rahmen des kollektiven

Rechts zusammen, sie schließen Tarifverträge ab. Unterliegt wird dieses wichtige Stück wirtschaftlicher Selbstverwaltung durch das staatliche Schlichtungsweesen, das allerdings in seinen Übertreibungen die Selbstverwaltung selbst beeinträchtigen kann. Arbeiter und Unternehmer wirken auch an der Vorbereitung wirtschaftspolitischer Maßnahmen in dazu berufenen Organen zusammen und verlegen einen Ausgleich der widerstrebenden Interessen zu finden, wie das heute z. B. im Reichswirtschaftsrat geschieht. Diese Tendenzen gewinnen im demokratischen Staat stets an Stärke. Die Organisationen, vor allem die der Arbeiter, fordern einen stets größeren Teil an wirtschaftlicher Selbstverwaltung, ihren Ausbau im Betrieb durch die Beteiligung der Betriebsräte und andre Maßnahmen. Sie verlangen den Ausbau von Organen, die sowohl regional wie für das ganze Land die wirtschaftliche Selbstverwaltung erweitern und befestigen sollen. So fordern sie den Ausbau des Tarifrechts, die Schaffung von Bezirks-wirtschaftsräten usw. Alle diese Forderungen sind dem demokratischen Staat nicht nur nicht wegensfremd, sondern liegen auf dem Weg der natürlichen Fortentwicklung des demokratischen Staates zum sozialen Staat.

Der Ständestaat läßt für den ersten Augenblick den falschen Schein erwecken, als ob er ein noch größeres Ausmaß von wirtschaftlicher Selbstverwaltung bringen würde als die wirtschaftliche Selbstverwaltung im demokratischen Staat. Wollen nicht im Ständestaat die Berufsorganisationen eines jeden Standes zwangsweise organisiert werden? Werden nicht im Ständestaat diese Berufsorganisationen in verschobenen Stufen und Gruppierungen in größere Einheiten zusammengesetzt, so daß auf einem breiten Unterbau der Stände allmählich eine Pyramide aufgebaut wird? Ist da nicht noch mehr Organisation als in der demokratischen Selbstverwaltung?

In Wirklichkeit ist die Organisation des Ständestaates eine totegeborene Organisation. Sie funktioniert nicht, weil sie nicht funktionieren kann. Die Berufsstände haben widerstrebende Interessen. Ein Ausgleich dieser Interessen wird im demokratischen Staat erstrebt und gefunden durch den Kampf, der im Parlament und außerhalb des Parlaments geführt wird. Im faschistischen Ständestaat, wo das Parlament nicht existiert, oder nur ein Scheinleben führt, außerparlamentarische Kämpfe jedoch mit Gewalt unterdrückt werden, besteht überhaupt keine Möglichkeit des Ausgleichs. Das Vorhandensein mannigfaltiger Zwangsorganisationen kann über diese Lage nicht hinwegtäuschen. Ist aber kein Interessenausgleich innerhalb der Berufsstände möglich, so fällt der bewaffnete Macht des Staates die Diktatur als reife Frucht in den Schoß. Wir sehen diese Entwicklung überall dort, wo das Funktionieren des Parlaments mattgesetzt wird. Im Ständestaat wird jedoch davon, was im demokratischen Staat eine vorübergehende Funktionsstörung des Parlamentarismus ist, ein System gemacht. Die Diktatur liegt daher in seinem Wesen. So stellt denn auch der Ständestaat nichts anderes dar als die politische Diktatur einer Partei, oder einer Schicht, die über die bewaffnete Gewalt verfügt. Der ständische Aufbau der Berufe dient allein der Befüllung dieser Aufgabe. Wenn aber, wie im italienischen Faschismus und in dem Faschismus, der in Deutschland sein Haupt erhob, diese bewaffnete Gewalt mit dem Großkapital verbunden ist, so dient der Ständestaat nichts andern, als der Befestigung und Verewigung der Macht des Großkapitals. Der Aufstieg der Arbeiterklasse wird in der Zwangsjacke, in der sie im Ständestaat hineingezwungen wird, verhindert. Zwar nimmt die Diktatur auch dem Großkapital bestimmte Vorrechte, sie regiert trotzdem mit diesem und auch für dieses. Von Zeit zu Zeit vermag die Diktatur zur Befriedigung der Gemüter soziale Almosen zu verteilen, an den Grundfesten des kapitalistischen Wirtschaftssystems darf jedoch nicht gerüttelt werden. Deshalb ist es begreiflich, daß der Reichsverband der deutschen Industrie mit dem Ständestaat sympathisiert.

Schon ein flüchtiger Vergleich zwischen dem Ständestaat des faschistischen Italiens und dem Nachkriegsdeutschland straft die Behauptung, im ständischen Staat gäbe es mehr Selbstverwaltung als in einem demokratischen, Lügen. Die objektiven Beobachter des faschistischen Systems in Italien haben den Bankrott des Ständestaates einmütig festgestellt müssen. Die Selbstverwaltung sank dort zu einem bloßen Schein herab. Sämtliche Entscheidungen von einiger Bedeutung liegen in der Hand der Diktatur und müssen auch dort liegen. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung in Deutschland, obwohl sie noch sehr viel zu wünschen übrig ließ, war demgegenüber, im Vergleich zur todegeborenen Selbstverwaltung des Faschismus, ein lebendiges Gewächs, das in Zukunft eine Blüte verspricht. Dieses pflegebedürftige Gewächs soll jetzt, wenn es nach den Wünschen der deutschen Faschisten geht, niedergetrampelt werden. Der Ständestaat, der dann nach italienischen Mustern eingerichtet werden soll, würde das Grab der Selbstverwaltung sein. Keine andre Kraft, als die der Arbeiterschaft, kann es verhindern, daß dieses Grab geschaufelt wird.

W. S.

Korrespondenzen

Barnen. Ortsversammlung. In Hand einer Präsenzliste lassen sich interessante Betrachtungen anstellen. Man kann von ihr aus auf den Geist und die Qualität einer Mittellochenschaft schließen. Wenn in einer Versammlung die Arbeitslosen die noch im Erwerb stehenden Kollegen um 50 Proz. übersteigen, wie das in unserer Versammlung am 10. Juli der Fall war, so muß und kann man sich über so viel gewerkschaftliches Interesse der Erwerbslosen von Herzen freuen, zumal von gewissen Angstmeiern so gern auf diese Kollegen verwiesen wird, wenn

es sich darum handelt, gegen Unternehmerwillkür einmal fünf Minuten gerade zu stehen. Wenn es dann aber in hochpolitischen Zeiten, wie der gegenwärtigen, wo es um Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft geht, wo sozusagen alles auf dem Spiel steht, der Vorstand für seine Pflicht hält, die Mitgliedschaft über „Den Ernst der Stunde“ zu informieren, dann muß man sich bei einem Versammlungsbischof, wie er oben gefordert, fragen, sollten denn die noch in Arbeit stehenden gar nichts mehr zu verlieren haben, daß sie so wenig Interesse zeigen? Kollege B e n e r vom Gesamtverband sagte, nachdem er über die politische Entwicklung bis zur Neubildung der Papen-Schleider-Regierung eingehend berichtet hatte, ganz richtig, daß wir noch ungeheuer viel zu verlieren hätten und daß deshalb der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft, bei Verzicht der Kritik über das Gewesene, das Gebot der Stunde sei, um den Faschismus niederzuwerfen. In der Diskussion wurde auch darauf verwiesen, daß gedankenlos die faschistische Front dadurch gestärkt würde, daß viele Arbeiter bei den wohl bei 90 Proz. nationalsozialistisch eingestellten Kleinträmern, statt im Konsumverein zu kaufen. Der übrige Tagesordnungsteil trat gegenüber der politischen Erörterung natürlicherweise im Interesse etwas zurück. Aus den geschäftlichen Mitteilungen interessiert die aus der Statistik angeführte Arbeitslosenzahl von 50,74 Proz. Damit dürfte der Bezirk Barmen den Rekord geschlagen haben. Einen Bericht über den neuen Tarif gab Kollege B e l l i n g r a t h. Kollege W e b e r vom Hilfsarbeiterverband erstattete einen Situationsbericht über die Tarifverhandlungen dieser Organisation. Kollege W i n k l a r e t h unterrichtete die Kollegenchaft dann noch über die verfeindeten Anwürfe gegenüber der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Betreuung“ seitens hiesiger Nazis und Kleinträmerkreise.

Berlin. (Schriftschneider.) In der Versammlung am 7. Juni gab der Vorsitzende zunächst einen allgemeinen Überblick über die Lage im Gewerbe, die als geradezu trostlos bezeichnet werden muß. Von den 28 Mitgliedsvereinen der Vereinigung sind zur Zeit 17 arbeitslos. Bei der Firma „S. Borchold“ arbeiten noch zwei Schriftschneider und zwei Bohrer, letztere nur noch 24 Stunden wöchentlich, weil nur noch wenig Material zu bohren sind. Die Schriftschneider arbeiten zur Zeit noch 40 Stunden. Bei der Firma W o e l l m e r arbeitet nur noch ein Schriftschneider und ein Bohrer. Ähnlich liegen die Arbeitsverhältnisse in den andern Gießstädten. Sodann berichtete der Vorsitzende über die Verhandlungen in Frankfurt a. M. und Berlin, die wegen erfolgter Kündigung des Manteltarifs und des Lohnabkommens nötig waren. Wenn auch beim Manteltarif die größten Angriffe der Unternehmer abgewehrt werden konnten, so mußten einige Verschlechterungen doch mit in Kauf genommen werden. Ebenso beim Lohnabkommen. (Über beide Verhandlungen ist im „Kor.“ ausführlich berichtet.) Besonders Anwürfen erregte das Verlangen der Berliner Unternehmer, die Akfordverbienste der Schriftschneider und Bohrer, die den Herren trotz jahrelanger Kurzarbeit noch immer zu hoch erscheinen, noch weiter zu verschlechtern. Es besteht die Aussicht, die im Tarif 1928 vorgezeichneten Stundensätze um 25 Proz. zu senken. In der „Beschreibung“ kam deutlich zum Ausdruck, daß die Empörung der Kollegen über diese Vorkälle der Unternehmer zum Ausbruch, und einmütig sprachen die Kollegen den Verhandlungsführern ihre weitestgehende Unterstützung im Kampf um die Abwehr der geplanten Abzüge aus. Was aus der geringen Zahl von Arbeitern alles herausgewirtschaftet werden soll und wie in den Notzeiten gespart wird, zeigt ein Fall bei der Firma Borchold. Dort wurde für die zu einer Abteilung vereinigte Schriftschneiderei, Matrizenbohrerei und Niederplatte ein Herr Seiler als Leiter bestimmt. Er soll diese Spezialabteilung leiten, obgleich er anscheinend weder als Schriftschneider gelernt, noch irgendwas als solcher gearbeitet hat. Diese Maßnahme kostete der Firma eine Menge Geld, ohne irgendwelchen Nutzen. Die Erörterung einiger anderer organisatorischer Angelegenheiten bildeten den Schluß der gut besuchten Versammlung.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Krüger in Leipzig
Eingetreten: 24. Juni 1882 — Ohne Kondition.

Bunzlau. 50-Jahr-Feier des Ortsvereins. Schon am 30. Juni des Jahres 1887 versammelten sich die Niederösterreichischen Buchdrucker in Bunzlau, der Stadt des guten Zones, und gründeten hier den Niederösterreichischen Gewerbeverband mit dem Sitz in Gößlig. Am 17. Mai 1882 wurde der Ortsverein Bunzlau aus der Taufe gehoben. Am den Tag der Gründung würdig zu begehen, hatten sich fast sämtliche Kollegen am Ort mit ihren Angehörigen im Volkshausaal eingefunden. Der Vorsitzende, Kollege S u t o r f f, begrüßte die Damen und Kollegen aus herzlichster, ferner den Bezirksvorsitzenden Hof (Niegeln) und den Gauvorsteher Feige (Breslau). Außerdem verlas er die eingegangenen Glückwünsche und das Telegramm eines Kollegen, der im Jahre 1890 den Kassiererposten verwaltete. Von seiten des Bezirks und des Ortsvereins Niegeln wurde ein ansehnlicher Betrag für die Erwerblosen gestiftet. Auch die Ortsgruppen des Bildungsverbandes und der Handwerker stifteten einen Gong. Allen Gratulanten und Spendern sei an dieser Stelle herzlichst gedankt. Der Gesangsverein „Eppograpia“, der durch seine künstlerischen Leistungen allgemeine Bewunderung hervorrief, hatte sich in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt. Der Vorsitzende, Kollege Sutorff, gab einen kurzen Rückblick über die Entwicklungsgeschichte des Bunzlauer Ortsvereins. Dieser Rückblick-geigte, rechtlich bewußt, wie die Kollegen mit ganzer Manneskraft all die Jahre hindurch sich dafür einsetzten, um die Organisation vorwärts zu treiben. Ramen hin und wieder einmal Fehlschlüsse, trotzdem verloren sie nicht den Mut, da der Drang nach aufwärts bei den Kollegen schon zu stark verankert war. Hieraus hielt Gauvorsteher Feige die Festansprache. In seiner ruhigen Art führte er in kurzen Anrissen den Anwesenden die Verbandsgeschichte vor Augen. Er wies auf die Gründung des Verbandes im Jahre 1886 hin, gab ein anschauliches Bild von den gesamten Unterstützungsrichtungen, und ließ Zahlen sprechen, was der Verband, ganz besonders in letzter Zeit, geleistet hat. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. Es folgte der übliche Tanz. In den Pausen bemerkte man Gruppen von älteren Kollegen, die eifrig alte Erinnerun-

gen auslieferten. Nur allzu schnell waren die Stunden verfliegen und ungenügend strebten die Kollegen den heimatischen Penaten zu.

Eberstadt a. d. W. In unfrer Ortsvereinsversammlung am 4. Juni nahm die Kollegenchaft unter Punkt 1 zur tariflichen und organisatorischen Lage Stellung und protektierte ebenso einmütig wie scharf gegen die vollkommen unverständliche Ansicht unfrer Herren Prinzipale und deren organisatorischen Vertreter bei den letzten Tarifverhandlungen. Ebenso scharf verurteilte man aber auch die Haltung unfrer Vertreter. Bei aller Einsicht und Rücksicht gegenüber den derzeitigen gelagerten Verhältnissen, die wir Buchdrucker durch die in alle Berufszweige einschneidende Vielseitigkeit unfrer Berufs wohl am ersten zu beurteilen in der Lage sind, ist und bleibt der Abschluß der letzten Verhandlungen ein unverständlich und unerkäglich. Eine in diesem Sinn gehaltene Resolution gelangte zur Annahme. Im weiteren Verlauf der Versammlung beschloß man Glückwunschsadressen an den noch aktiven „Jünger“ Gutenbergs Kollegen Fritz Wöhme anlässlich seines 75. Geburtstages, Kollegen Gustav Müller für seine silberne Hochzeit und Kollegen Lohr anlässlich seiner Vermählung und bedauerte, leider nicht in der Lage zu sein, diesen irgend etwas überreichen zu können. So seien denn diese drei Kollegen auch an dieser Stelle herzlichst beglückwünscht.

Erlangen. Am 12. Juni wurde diesmal in Ebermannstadt unfrer Bezirks-Generalversammlung abgehalten, in der Vorsitzender Schreier 44 Kollegen und 9 Jungbuchdrucker begrüßen konnte. Als besonderer Anziehungspunkt stand das Referat unfrer zweiten Gauvorstehers E b e r t (München) über „Wirtschaftspolitische Zeitfragen“ auf der Tagesordnung. Kollege Ebert vertrat es, in 1 1/2 Stunden der Versammlung all die Fragen vor Augen zu führen, die heute im Vordergrund stehen, wie: das heutige Wirtschaftssystem — Gemeinwirtschaft — Siedlungsprogramm — Agrarwirtschaft des Großgrundbesitzes im Osten — Die Ursachen des Sturzes der Regierung Brüning. Nach ausführlicher Behandlung dieser einzelnen Themen konnte Redner nur zu dem einen Schluß kommen, daß mit dem heutigen morschen Wirtschaftssystem unbedingt Schluß gemacht werden muß. Den verkrachten und verfallenden Großagariern können nicht dauernd Millionen nutzlos in den Taschen geworfen werden und auf der andern Seite zieht und zuckt man der arbeitenden Arbeiterchaft immer mehr von ihrem karglichen Existenzminimum ab. Zum Schluß wurden noch die Verhandlungen über den Mantel- und Lohnarif gestreift. Natürlich hatte dieses Ergebnis bei den Kollegen nicht die nötige Befriedigung hervorgerufen. In der anschließenden Diskussion kam auch die Erbitterung über den unzulänglichen Siedlungsanspruch und über die Annahme seitens unfrer Gewerkschaften zum Ausdruck. Bei der Neuwahl wurde die bisherige Bezirksleitung einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen. Am Tag zuvor tagte eine Bezirkslehrerversammlung, die leider nur von Erlangen und Ebermannstadt besucht war. Hier hielt ebenfalls der Gauverleitetter E b e r t (München) ein vorzügliches Referat über „Der Jungbuchdrucker in Staat, Wirtschaft und Gewerkschaft“. Dem Referenten sei auch an dieser Stelle für seine lebenswichtige Übernahme der beiden Referate und seine ausgezeichnete Behandlung der herzlichste Dank gesagt.

Gardseelegen (Wtm.). Zu unfrer Monatsversammlung am 11. Juni, in welcher Bezirksleiter Müller (Stendal) als Referent anwesend war, hatten sich fast alle Kollegen eingefunden, um seinen Bericht über die Bezirksleiterkonferenz zu hören. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde zur Tagesordnung übergegangen und die einzelnen Punkte erledigt, worauf Kollegen M i l l e r das Wort zu seinem Referat erteilt wurde. Dieser machte zunächst sehr interessante Ausführungen über die Verschlechterungen, die uns der neue Manteltarif gebracht hat. Weiter schilderte er aber auch die

Das Gesamtwohlgesetz

Unter diesem eigenartigen Titel erschien im Verlag von Heinrich Köndgen (Wuppertal-Barmen) ein Buch von Karl D r e e s e n, das sich mit der Beseitigung künftiger Wirtschaftskrisen beschäftigt. Der Verfasser untersucht das gesamte Wirtschaftsleben, so wie es sich uns heute darstellt. Die Ursachen der heutigen kapitalistischen Krise werden durchaus sachlich beleuchtet und an Hand umfangreicher Materials geklärt. Manche bittere Wahrheit wird unsern Wirtschaftsführern dabei gesagt. Die Krisenursachen sind im allgemeinen durchaus richtig gesehen. Die erhöhte Leistungsfähigkeit der Industrie, hervorgerufen durch den Ausbau der Industriek, verbunden mit durch Trufts und Kartelle künstlich gehaltenen Preisen, wird als Krisenursache gewertet. Ebenso die ungeredertfertigte Zinspanne der Banken sowie die überspannte Follpolitik wird als Krisenursache gewertet. Auch der vielfach überhöhten Zwischenhandelspannen sowie der gestiegenen Ausgaben für Rente wird dabei gedacht. Dabei darf bei den letzten Punkten volkswirtschaftlich nicht übersehen werden, daß die Erparungen hier sich auch wieder im Freiessen von Arbeitshänden auswirken muß, wenn man sich nicht darauf beschränkt, überpöpte Großgewinne auszuschnalzen.

Auch die Feststellung des unheilvollen Einflusses der Schlüsselindustrien (Kohle und Eisen) für den Ablauf der Krise kann beifällig unterstrichen werden. Daß die Höhe der Löhne und Gehälter ohne Notverordnung krisenverschärfend war, kann jedoch kaum bestritten werden. Lohn und Gehalt diente lediglich zur Befriedigung der Bedürfnisse und besetzt damit erneut den Produktionsprozess. Und selbst da, wo es zu Erparnissen kommt, die ja der Verfasser an andern Stellen seines Buches zwangsmäßig herbeiführen will, läuft doch auch dieses Geld auf dem Umweg über Sparkassen und Banken ebenfalls in den Produktionsprozess. Wir vermögen daher in der Notverordnungspolitik, soweit sie den Lohn abbaut, keine Verbesserung der Krise

zu sehen. Wir meinen vielmehr, daß diese Lohnabbaumaßnahmen nur zu einer weiteren Störung der Auftragsbede und damit zu weiterer Arbeitslosigkeit geführt haben. Auch der Verfasser selbst stützt diese unfrer Meinung, wenn er an anderer Stelle davon spricht, daß Preisenkungen für Kohle sich nicht auswirken konnten, weil mit denselben immer Lohnsenkungen verbunden waren. Und an anderer Stelle sagt er ebenfalls:

Der Mensch wird nicht als ein körperlich-geistig-seelisches Wesen in das Wirtschaftsgeschehen eingesetzt, nur als Lohnhöhensumme erscheint er in den Gesehtungs-folgen der Güter und Waren, und unrichtigerweise glaubt man, diese Lohnsummen im Interesse der Gesehtungs-folgen der Waren unter dem gerechten Anteil an der Wirtschaftskraft halten zu müssen.

Wenn also die Lohnhöhe krisenverschärfend gewirkt hätte, wie der Verfasser annimmt, so hätten nach den Lohnabbau-wellen doch Verbesserungen, zumindest Stillstand eintreten müssen. Da aber nach jeder Lohnabbauwelle sich die Arbeitslosigkeit um ein Beträchtliches erhöhte, so scheint unfrer Meinung, daß nicht der Lohn, sondern der Lohnabbau krisenverschärfend wirkt, gerechtfertigt.

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich der Verfasser mit Grundfragen für die Überwindung solcher Krisenereignissen, wie wir sie heute durchleben. Er stellt dazu Vorschläge auf, die er das Gesamtwohlgesetz nennt. Wenn er dabei unter Abweisung schlecht verstandener marxistischer Gedankengänge den Grundgedanken aufstellt, nur der Geist beherrsche die Materie, so vermögen wir ihm darin nicht zu folgen. Geist und Materie stehen in ständiger Wechselwirkung. Es ist durchaus keine Entfindung des Marxismus, festzustellen, daß unser geistiges Leben auch von der Materie beeinflusst wird. Im Zeitalter des Goethejahres ist es interessant, festzustellen, daß Goethe darüber folgendes schrieb:

Von unten herauf muß die Gesellschaft gebaut sein auf der materiellen Grundlage der Bedürfnisse. Erst das Nützliche: Essen, Trinken, Wohnen, Schlafen, Kleidung und Heizung, dann das Wahre: die Durchbringung des Nützlichen mit menschlicher sittlicher Lebensanschauung und zuletzt als Krone das um seiner selbst willen bezweckte Schöne, die Kuppel auf dem Dom der Gesellschaft.

Und Schiller schrieb in einem Brief an den Herzog von Solfstein-Augustenburg:

Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und satt gegessen hat. Aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.

Die kapitalistische Wirtschaft, so wie sie heute besteht und wie sie Karl Marx gesehen hat, hat auch recht wenig vom Geist gewußt. Und das bekannte Kanzenwort, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird, läßt sich bequem auch auf unsre Wirtschaft übertragen. Gewiß haben im Leben der Völker geistige Ziele eine Rolle gespielt, maßgebend blieben für die Menschheitsgestaltung jedoch Gründe materieller Natur. Im Gegensatz dazu ist der Marxismus die sittliche Idee, die dieses nur auf materielles Gewinnstreben aufgebauter Weltleben vermöge seiner Idee emporenheben will. Für die Wirtschaftsgestaltung vergangener Jahrhunderte trifft jedoch das zu, was der große Jünger Heine über die Abwärtung der Menschewirtschaft schrieb:

Solange bis den Lauf der Welt Philosophie zusammenhält, Erhält sich das Getriebe durch Hunger und durch Liebe.

Was Heine hier als Philosophie bezeichnet, ist auch nur die Feststellung, daß mal der Geist über die Materie vernunftgemäß herrschen sollte!

Diese vernunftgemäße Wirtschaft setzt sich auch der Verfasser in seinem Werk zum Ziel. Er untersucht die Wirt-

Gründe, die unsern Verbandsvorstand und die Geworkschaften veranlaßt haben, auf diese Vereinbarungen mit den Prinzipalen einzugehen. Die Ausführungen des Kollegen Müller gingen dahin, indem er versicherte, daß diese Schritte bei gegebener Zeit wieder ausgeweht würde und forderte deshalb die Kollegen zur Geschlossenheit und Einigkeit in unserm Verband auf, denn nur dadurch können wir die schweren Schläge abwenden. In seinem Schlusswort erwähnte er zur Wahrung des Vertrauens zu den Gehilfenvertretern, daß diese ständig bemüht sind, das Wohl der Kollegenchaft zu vertreten. Der Vorsitzende **Reinhardt** sprach dann dem Referenten für seine trefflichen Ausführungen im Namen der Versammlung herzlichsten Dank aus. Anschließend wurden noch einige dringliche Angelegenheiten erledigt.

Gera. In Gera, der Ostthüringer Industrie- und Handelsmetropole, wurden die Lehrlinge des graphischen Gewerbes seitens der Stadtverwaltung bisher als „Stiefkinder“ behandelt. Im Vorjahr entstand zwar der Neubau einer mit allen Schikanen ausgestatteten modernen Berufsschule, Werkstätten für alle möglichen Berufe sind darin zu finden, jedoch für die Lehrlinge des graphischen Gewerbes langten die Mittel nicht. Doch die Buchdrucker und deren „Schwäger“, die Buchbinder, und auch die Lithographen und Steindrucker, sie alle galten schon immer als „helle“ und wußten sich auch immer zu helfen. So auch hier. Alles Idealismus, von der Stadt keinen Pfennig und dennoch eine Fachklasse, die sich sehen lassen kann und wie sie oftmals nicht in Großstädten anzutreffen ist. Im Frühjahr bildete sich ein Fachauschuß, der sich der „Stiefkinder“ annahm. Man übertrug dem Betriebsleiter **Heinrich Fied** das Zusammentragen des Materials, und das hat derselbe glänzend verstanden. Die Eröffnungsfeier führte einen kleinen Kreis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen, und alle waren überfräht und erkaunt zugleich von der Fülle des Lehr- und Anschauungsmaterials. Man hat zwar mit einem Raum in der alten Berufsschule vorlieb nehmen müssen, doch ist man hier ganz unter sich und ungefört. Seitens der Stadtverwaltung entbot Berufsschulleiter **Werklich** die Glückwünsche zu diesem aus reinem Idealismus entstandenen Werk mit dem Wunsch, daß das Schicksal in diesen Räumen befruchtend auf das Gewerbe wirken möge. Betriebsleiter **Fied** schilderte das Zustandekommen der ganzen Einrichtung. Alle Firmen, die um Spenden angegangen wurden, haben sich zeitlos in den Dienst der Sache gestellt. Und so ist eine Werkstätte entstanden, die jedem Lehrling Gewähr bietet, sein Wissen zu bereichern. Doch auch die stellenlosen Berufsausgehörig sollen in kurzen weitergeführt und allen Fachvereinen soll die Werkstätte zur Verfügung gestellt werden. Hier findet man alles: zwei Tische, je eine Schneide-, Satz- und Setzmaschine modernster Konstruktion, eine Steindruck- und Lithographie mit allem, was dazu gehört in gebotenerm Raum. Die Schriftsetzerei liefert die Schriften und Schriftproben. Farbenfabriken, Malzengienmaschinen, Matrizenfabriken, Sehmashinen- und Papierfabriken, überhaupt alles, was zum graphischen Gewerbe gehört, sie alle haben mitgegeben. Vor allen Dingen sind verschiedene Geraer Firmen hervorzuheben am Zustandekommen beteiligt. Betriebsleiter **Fied** dankte allen und übergab sodann den Schlüssel der Werkstätte an Berufsschulleiter **Werklich**, der die Anlage in treue Obhut nahm. Direktor **Baß** sprach im Namen der Prinzipale. Man sei überrascht von der Fülle des Lehrmaterials, aber auch von der Liebe, mit der all die Sachen zusammengetragen und aufgebaut seien. Sollten sich irgendwo noch Mängel bemerkbar machen oder Lücken zeigen, so werde man, wenn es dem einzelnen nicht möglich sei, unter Umständen in corpora Ubbilise schaffen. Als Vertreter der Gehilfenchaft gab der Vorsitzende des Bezirks **Gera, Knafe**, seiner Freude Ausdruck über alles, was zur Weiterbildung des Nachwuchses im graphischen Gewerbe hier geschaffen wurde. Oftmals sei es einem Jungbuchdrucker gar nicht möglich, sich mit der Technik des eignen wie auch des verwandten Gewerbes vertraut zu machen, doch in der neuerrichteten Fachklasse bietet sich jedem, der etwas lernen wolle, alles, was dazu gehört, um heutigen vielseitigen und vielfach schwierigen Anforder-

ungen gerecht zu werden. **Knafe** wünschte, daß die neue Werkstätte den Lehrlingen und Gehilfen zum Vorteil gereichen und dem Gewerbe zum Nutzen verbleiben möge. **Spindius Meermann** von der Handwerkskammer überbrachte ebenfalls herzlichste Wünsche und gab seiner Freude über das im graphischen Gewerbe heimische rastlose Streben Ausdruck. Zum Schluß wurden die Maßnahmen im Betrieb vorgeführt und das Anschauungsmaterial gezeigt und erläutert.

Sch. Karlsruhe. (Maschinensetzer.) Zur diesjährigen **Friühjahrs-Bezirksversammlung** am 5. Juni in Bad Sulzbach, im Rendthal, trafen schon am Vorabend eine Anzahl Kollegen ein. Von Oberkirch und Oppenau waren ebenfalls Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen, die uns im Auftrage des Bezirksvereins lahr Grüße überbrachten, unsern Tagung einen guten Erfolg wünschten und im Verlauf des Abends die Unterhaltung mit musikalischen und Vortrag heimatischer Mundartdichtungen würzten, wofür wir ihnen hiermit nochmals danken. Das Gros der Versammlungsteilnehmer traf am frühen Sonntagmorgen mit ihren Angehörigen ein. Die stattliche Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Kollegen **Prekel**, mit herzlichsten Worten in dem schönen Ferienheim des Gesamtverbandes begrüßt, der dieses Heim mit seinen modernen Einrichtungen als eine Tat gewerkschaftlicher Solidariät und Opferbereitschaft pries und es allen freizugewanderten Kollegen zur Ferienverbringung und der beloveden Unterstützung empfahl. Neben verschiedenen Eingängen und Mitteilungen geschäftlicher Natur kam er auf die Vereinbarung über die Manteltarifverhandlungen zu sprechen, deren Ergebnis uns keineswegs befriedigte. Nur der Verbandsdisziplin sei es zu verdanken, daß wir uns mit dieser Vereinbarung abfinden. Beim nächsten Punkt referierte Gewerbelehrer **Stelch** (Karlsruhe) über das Thema „Die Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in ihrer neuesten Statistik“. Der Vortrag, der in auffällendem Sinn gehalten war, zeigte an Hand von statistischen Tafeln den Umfang und die Größverhältnisse der Betriebe, das Verhältnis der beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge sowie die Unfallgefahren und den Unfallschuß. Daß durch Schaffung der bundestätigen Vorschriften und durch Ausfüllung der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in sanitärer Beziehung im Lauf der Jahre sehr viele Verbesserungen erreicht worden sind, müsse anerkannt und die Beachtung dieser Vorschriften der Buchdruckerarbeiterschaft mit besonderem Nachdruck empfohlen werden. Mit einem Wort kam der Referent noch auf die gerade jetzt so gefährdete Sozialversicherung zu sprechen, deren Erhaltung er als ein Gebot der Stunde betrachtete, von der letzten Endes nicht nur das Wohl der Arbeiterschaft, sondern auch dasjenige des Staates abhängt. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und in der Diskussion unterstrichen, daß durch unsere tätige Mitwirkung die hygienischen Bestimmungen immer weiter ausgebaut werden müssen, denn gerade der Arbeiter hätte allen Grund, sein wertvollstes Gut, seine Arbeitskraft, sich solange wie möglich zu erhalten. Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das sich reich abwickelte und der Klüge der Wirtsleute alle Ehre machte, unternahm ein Teil der Versammlungsbesucher noch einen kurzen Abstecher nach Oppenau, andre wieder konnten sich von diesem schönen Fleckchen Erde erst kurz vor Abfahrt der Züge trennen. Alle waren aber über diese wohlgeleitete Tagung befriedigt.

Kempten i. M. (Maschinensetzer.) Die Allgäuer Maschinensetzervereinigung hielt am Sonntag, 12. Juni, in Memmingen eine **Wanderversammlung** ab, die außerordentlich lebhaft war. In derbeselben gab der Schriftführer, Kollege **Martin**, ein klares Bild über den Verlauf des bayerischen Maschinensetzerkongresses. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft, wobei besonders scharf zum Ausdruck kam, daß es die Kollegen auf die Dauer nicht mehr ertragen können, bei allen Tarifverhandlungen als Verhandlungsobjekt zu dienen. Im übrigen wurde die auf dem Gantag gefasste Entschließung einstimmig gebilligt. Nach einem Appell zur Einigkeit und Erlebigung einiger Vereinsangelegenheiten fand die harmonische Versammlung ihren Abschluß.

chaft in allen seinen Teilen, macht neue Vorschläge, die, wenngleich man im einzelnen nicht allem zustimmen braucht, in ihrem weitaus größten Teil recht vernünftige Einzelheiten enthält. Wie diese Vorschläge durchzuführen sind, darüber hört man allerdings nichts. Zum größten Teil soll dem Staat die Aufgabe zufallen, im Sinne dieser Gesamtwohlfolge zu verfügen. Wie dieser Staat aussehen soll, der dem Arbeiter die Löhne erhöht oder abbaut, dem Unternehmer die Gewinne abbaut und den Bantzen die Zinsspanne beschränkt, ist allerdings nicht gesagt. Die soziale Fürsorge soll da, wo sie nicht freiwillig im Wege der Selbsthilfe erfolgt, durch Zwangs sparen ersetzt werden, damit der Arbeiter in der Lage ist, in Krankheits- und sonstigen Notfällen sich selbst zu helfen. Wie hoch dieser Zwangsparagraf sein muß, um den Arbeiter zu befähigen, in ungeschützter Form „dem Hausarzt“ gegenüber seinen Verpflichtungen nachzukommen, und wie hoch der Lohn sein muß, wird nicht gesagt. Muß nun der oftmals Kranke, man denke an einen Tuberkulösen, nochmal soviel sparen, und nochmal soviel Lohn haben, oder soll er dabei zugrunde gehen. Sind unsere heute bestehenden Krankenkassen, Unfallversicherungen usw. nicht auch schon Zwangsparagrafen mit verbesserten Mitteln für unsern unglücklichen Volksgenossen. Und schätzen sie den Versicherten nicht viel besser gegen Gewinnlust der Apotheker und sonstigen Selbstmittelfabrikanten, als er dies selbst vermag.

Arbeiter über 50 Jahre sind beim Abbruch an Kräften zuerst auszuschalten. Arbeiter unter 30 Jahren sind bei Arbeitslosigkeit zur Zwangsarbeit verpflichtet. Das erstere geht noch an, das zweite setzt jeden Unternehmer zum Herrn darüber, einen mißliebigen Arbeiter dem Arbeitszwang zuzuführen. Eine praktische Tätigkeit im gewerkschaftlichen Sinne wäre kaum noch denkbar. Bis zu seinem 30. Lebensjahre müßte der Arbeiter bei Gefahr der Zwangsarbeit stehen. Nach dem 30. Jahre dürfte er sich der Arbeitslosigkeit nur insoweit ausziehen, als es der zwangsgeparpte Satz oder der über diesen thronende Ver-

walter es zuläßt. Auch die Bildung muß rationierter werden, wobei schärfste Auslese der Tüchtigsten zu erfolgen habe.

Auch die Reparationsfrage wird behandelt, Stellung zu Rußland und zu Amerika wird genommen. Die Wirtschaft soll sich in Fachkreisen zusammenfinden, in denen Kapitalgeber, Unternehmer, Arbeiter und Vertreter der Konsumenten zu bestimmen hätten. Die letzten Gebankengänge kennen wir. Sie haben nach dem Krieg zur Bildung des Reichswirtschaftsrates geführt und sind leider weber dort noch sonst praktisch wirksam geworden.

Alles in allem stellen die Vorschläge, die der Verfasser das Gesamtwohlfolge nennt, ein kapitalistisches Reformprogramm zu einer planmäßigen Wirtschaft dar. Ob und wie weit hierbei die in Frage kommenden Kreise, Unternehmer und Kapital, mitgehen, scheint uns mehr als zweifelhaft. Die Nachkriegsjahre haben ja schon viele Reformprogramme gebracht und besonders die Sozialdemokratie hat es an Reformvorschlägen nicht fehlen lassen. Erinnert sei hier nur an Vorschläge zu einer Planwirtschaft, wie sie in den Namen **Koellensdorf, Wissel, Walter Rathenau** verkörpert waren. Erinnert sei hierbei an den weitergehenden Ausbau von Wirtschaftsämtern, in denen genau wie bei der vom Verfasser propagierten Fachkreisorganisation Vertreter der Allgemeinheit als Vertreter der Konsumenten auftreten sollten. All dies scheiterte an dem Widerstand kapitalistischer Kreise.

Alles in allem aber muß anerkannt werden, daß der Verfasser im ganzen Ursache und Verlauf der Krise richtig beurteilt. Auch ein gut Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen könnten zur Krisenberämpfung wirksam sein, wenn es gelingen würde, sie durchzuführen. Daß aber unter der Herrschaft des Kapitals und mit deren Einverständnis ein solches Programm durchzuführen ist, ohne den Arbeiter noch viel schärfer in Fesseln zu schlagen, muß nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehntes stark bezweifelt werden. **K. w. s. (Berlin).**

Lahe i. B. Am 4. Juni hielt der hiesige Ortsverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach Entgegennahme verschiedener Mitteilungen und Vollziehung von Maßnahmen erstattete Kollege **Reibel** eingehend Bericht vom Gantag. Die Beschlüsse wurden gutgeheißen. Der Ausgang der Manteltarifverhandlungen gab Anlaß zu eingehender Kritik. Das reaktivierte Verhalten unfrüher Unternehmer fand scharfe Zurückweisung. Man hofft, daß bei einmal wiederkehrender besserer Konjunktur der Verbandsvorstand diese genau so rücksichtslos ausniht. Durch den Weggang des Kollegen **Reibel**, der am 1. Juli das Amt des Vorvorsitzers übernommen hat, wurde die Wahl eines Vorvorsitzenden notwendig. Als solcher wurde Kollege **Grammelspacher** gewählt, der wohl gegenwärtig der geeignete Mann sein dürfte, da er seitler schon als Vorsitzender der graphischen Hilfsarbeiter amtierte. Das Scheiden des Kollegen **Reibel** wird nicht nur im Orts- und Bezirksverein lahr, sondern auch in der gesamten lahrer Arbeiterbewegung eine fühlbare Lücke auf längere Zeit hinterlassen. Neu als Beisitzer wurde infolge Verchiebung der Posten innerhalb des Vorstandes Kollege **Murm** gewählt. Nachdem Kollege **Schnurr** den Kassenbericht für das erste Quartal erstattet hatte, wurde einstimmig beschloßen, das Jubiläum am 25. Juni auf der Dammenmühle bei Lahe abzuhalten.

Vegnig. In unserer **Versammlung** am 4. Juni begrüßte der Vorsitzende besonders den inaktiven Kollegen **Wester (Börsen)**, ein jahrzehntelanges ehemalses Mitglied. Zu kurzem Besuch hier, verschafte er sich, an unserer Versammlung teilzunehmen. Herr **Dr. C. Ullmann** sprach über das Thema „Berufstränkheiten“. Besonders befahte er sich hierbei mit der Berufstränktheit in unserm Gewerbe: der Bleichtränktheit. Seine Ausführungen wurden äußerst beifällig aufgenommen. Aus „Eingängen und Mitteilungen“ ist ein Rundschreiben des Gaus erwähnenswert, das sich gegen das zunehmende Restantenunwesen wendet. Die Pflichten gegenüber unserm erwerbslosen und inaktiven Kollegen bedingen regelmäßige Beitragsabgabe. Ein weiteres Rundschreiben zur Frage der Beitragsleistung während der Ferien und der Angabe, daß eine Sonderregelung des Verbandes nicht möglich sei, fand Widerspruch in der Versammlung. Den Tagesordnungspunkt „Arzifisches“ leitete der Vorsitzende mit kurzen Ausführungen über das Ergebnis der Verhandlungen ein. Die freie Vereinbarung geigte nur 5 Proz. höhere Ferienentschädigung, die Verschlechterungen seien vielseitiger. Anführungen der „Zeitschrift“ belagen Zutriebtheit der Gegenseite. Angesichts des erzielten Ergebnisses dränge sich die Frage auf, ob die Mittel unserer Organisation für die vielen Reisen nach Berlin sich der Aufwendung lohnten. Eine Auseinanderlegung durch Kampf erfordere jedoch Beachtung der Tatsächlichkeiten der wirtschaftlichen Lage. Abgewehrt konnten immerhin die geplanten Lohnverschlechterungen werden. Zum Schluß verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Gausvorstandes wegen der Angriffe gegen unsere Verbandsvertreter und die eingegangene Entschließung der Kaffeler Kollegen zum Tarifabschluß. Eingehend kam in der Aussprache die Erbitterung der Kollegen in oft scharfen, jedoch immer sachlichen Worten zum Ausdruck. Die Verschlechterung des Verbandestages, des Gantages, die nicht stattgefundenen Urabstimmungen wurden nicht gutgeheißen. Resignation und Vertrauensstrikts müssen so um sich greifen. Der Weg wie bei der Hindenburgwahl könne nicht weitergegangen werden. Von zwei Kollegen wurden die Ausschüsse eines Kampfes kritisch beurteilt. Die heutige politische und wirtschaftliche Situation müßte endlich alle Arbeiterorganisationen zu Klassenbewußtsein, einheitlichem Zusammenstehen bereittinden. Einstimmig erklärte sich die Versammlung für die folgende Entschließung: „Die am 4. Juni im Volkshaus in **Vegnig** tagende Ortsvereinsversammlung hat vom Abschluß der Manteltarifverhandlungen Kenntnis genommen. Sie mißbilligt die in scharfste die in freier Vereinbarung zustande gekommenen Abmachungen. Sie kann sich mit der kampflösen Aufgabe von Positionen, die wir in jahrzehntelanger Arbeit erungen haben, nicht einverstanden erklären, und verwarft sich auch dagegen, daß eine Urabstimmung stattgefunden hat.“ Beim Punkt „Verschiedenes“ rief der Antrag der **Bunzlauer Kollegen**, die diesjährige Bezirksversammlung aus **Sparnisgründen** statt in **Lißen** in **Vegnig** abzuhalten, eine längere Aussprache hervor. Die Mehrheit der Kollegen stimmte für den **Bunzlauer Antrag**. Ortsangelegenheiten beschloßen die Versammlung.

Münster (Westf.). Die **Monatsversammlung** am 9. Juni war gutbesucht und beschäftigte sich nach voraufgegangener Erlebigung des geschäftlichen Teils und Aufnahme einiger neuangelernten Kollegen aus der Lehrlingsabteilung hauptsächlich mit dem Resultat der Tarifverhandlungen. Der Vorsitzende, Kollege **Wogge**, führte der Versammlung den Verlauf der sich über mehrere Wochen erstreckenden Verhandlungen vor Augen und wies dabei auf die immer größer werdenden Schwierigkeiten bei dem Kampf um unsere Forderungen hin und legte im einzelnen die Veränderungen im Tarif klar. Wenn alle Veränderungen fast ausschließlich nur Verschlechterungen gebracht haben, so dürften wir doch nicht alle Schuld unsern Vertretern und Unterhändlern zuschieben, die sicher alles, was in ihren Kräften stand, getan hätten, man müße auch die augenblickliche politische Lage in Betracht ziehen. In der Diskussion war man empört über die in Berlin getroffene Vereinbarung, ohne der Kollegenchaft Gelegenheit zu geben, ihren Unwillen durch Urabstimmung kundzugeben. Protestresolutionen wurden nicht. Driftliche Aktionen wurden abgelehnt. Man opponierte besonders gegen die stereotypen Verschlechterungen, und war der Ansicht, daß ein Schah nur so lange gelöhnen würde, wie es still steht. — Eine Bezirksvertrauensmännerversammlung nahm den Bericht über die bis dahin vorliegenden Ereignisse der Tarifverhandlungen sowie über die Bezirksvorsitzherrenkonferenz entgegen und sprach den Unterhändlern ihr Vertrauen zum bisherigen Verlauf der Verhandlungen aus. Mit größter Schärfe sprach sich die Versammlung gegen das Restantenunwesen aus, gegen das mit aller Schärfe vorgegangen werden müßte.

Wiesbaden. Jahrelang war die Mitgliedschaft **Groß-Wiesbaden** mit ihren wahlberechtigten Angehörigen der Versammlungseinladung zum 13. Juni gefolgt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Referat des Genossen **Konrad Broßwig** aus Frankfurt am Main: „Gewerkschaften und Reichstagsneuwahlen“. Unser Kollegenlang-

verein eröffnete mit seinem Wahlspruch: „Dem freien Mann, dem freien Wort, und dem Verbands unfreier Sort, soll wie die Quelle klar und rein, stets unser Lied gedehnt sein“ und dem Uffmannschen Freiheitschor „Unser Lied“. Nachdem der Vorhänge, Kollege Schäfer, einige Eingänge verlesen hatte, führte der Referent etwa folgendes aus: Das Jahr 1932 ist das schicksalhafteste in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse. Wir haben Brünning toleriert, nicht weil er unser Mann war, sondern weil wir wußten, daß nach ihm etwas viel Schlimmeres kommt. Diese unsre Forderungen haben sich nur allzu schnell befristet. Die Reaktion hat sich in Gestalt von Grafen und Baronen, Junkern und Industriellen hinter den Reichspräsidenten gestellt und den Sturz Brünnings herbeigeführt. Das neue Adelskabinett soll dem Faschismus in den Sattel helfen. Die deutsche Sozialdemokratie hätte es vor der Arbeiterklasse und dem gesamten deutschen Volk nie und nimmer verantworten können, durch den Sturz Brünnings nach dem September 1930, den Faschismus bewußt an die Staatsmacht heranzulassen. Heute sind wir frei und können hemmungslos Kritik üben. Die Nazibaronen haben uns auch Material genug geliefert, welches ihre dunklen Pläne enthüllt hat. Die Legende vom „Wohlfahrtsstaat“ stellt eine ungeheure Beschimpfung des deutschen werktätigen Volkes dar. Eine solche Propaganda hat sich selbst eine Regierung des alten Staates nicht erlaubt. Das ist nichts anderes als der Nachtrauf der Reaktionäre, die da glauben, daß nun ihr Weigen blühen werde. Dieses Kabinett erfreut sich der Tolerierung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Nazis die Träger der Reaktion sind. Sie sollen den Schlotbaronen und stehlsüchtigen Junkern die Demokratie und die Gewerkschaften zerbrechen. Die Eisene Front wird dafür sorgen, daß diese Hoffnungen zunichte werden. Nichts ist eines jeden Gewerkschaftlers ist es, sich in die Eisene Front einzureihen, es geht um die Gewerkschaften, es geht um die Freiheit der deutschen Arbeiterklasse! Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine einflussreichen, tiefgründigen Ausführungen. Die Diskussion bewegte sich ausschließlich im Sinne des Referats. Auch kam zum Ausdruck, daß es nötig sei, für die kommenden schweren Kämpfe das Solidaritätsgefühl mit unseren politischen Führern neu zu stärken. Das könne am ersten geschehen, wenn diese einen Teil ihrer immerhin höheren Bezüge in die Kassen der Gewerkschaften und Partei fließen ließen. Im Schlußwort erklärte sich der Referent mit dieser Ansicht einig. Er wisse, daß dies von vielen Genossen gefehle, sehr viel bliebe aber noch zu tun übrig. Mit einem eindringlichen Appell an die Kampfbereitschaft, und dem Hinweis auf den Entscheidungskampf zwischen Faschismus und Sozialismus, schloß er seine begeisterte aufgenommene Rede ab. — Scharfe Kritik rief die Stellungnahme unfreier Gewerkschaften zum Antrag des Bezirks Wiesbaden, auf Einberufung eines außerordentlichen Gantags, hervor. Wiesbaden hat von seinem statutarischen Recht (Paragraf 6 des Hausstatuts) Gebrauch gemacht, indem es verfuhr, das erforderliche Drittel für die Einberufung durch Unterschriftenammlung im Gau zu erreichen. Dies ist vom Gauvorstand aus zu verhindern versucht worden. Auch im Begleitförmchen zur jetzt vorgenommenen Urabstimmung sind unrichtige Angaben seitens des Gauvorstandes festzustellen. Die Versammlung stimmte mit allen gegen eine Stimme folgender Entschließung zu: „Mit Rücksicht auf das Ansehen der Organisation verzichtet die am 13. Juni im Volkshaus zu Wiesbaden verammelte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Wiesbaden auf eine öffentliche Stellungnahme zu dem Begleitförmchen des Gauvorstandes zur Urabstimmung. Zugleich protestiert dieselbe gegen die einseitige und in vielen Punkten unwahre Mitteilung an die Mitgliedschaft des Gaus Mittelrhein und an den Verbandsvorstand auf das entchiedenste. Sie behält sich vor, bei anderer Gelegenheit darauf zurückzukommen.“ Kollege Schäfer ermahnte zum Schluß die Kollegen, sich recht gelassen an den kommenden Verhandlungen der Eisernen Front zu beteiligen, und nach Möglichkeit aktiv zu werden, damit unsere Feinde eine starke Arbeiterklasse antreffen. — Unfreier Ordnungstabelle des Bezirksvereinsammlung am 26. Juni hatte sich, obwohl erst zwei Tage vorher eingeladen werden konnte, eines guten Besuchs zu erfreuen. Die Kollegen kamen erfreut mit der „Sobannmacht“ von Uffmann. Kollege Schäfer begrüßte die Kollegen aus dem Bezirk und wies auf den Zweck der Zusammenkunft hin. Der auf Verlangen des Bezirks Wiesbaden zustande gekommene außerordentliche Gantag hat sie erforderlich gemacht. Wir haben den Gantag gewollt, weil wir ihn für bringend notwendig erachteten. Die kommende für die Arbeiterklasse so schwere Zeit gebietet Vorbeuge, d. h. Freilegung von Risiken und Maßnahmen für alle Fälle. Die Versammlung stimmte 14 vom Vorstand und der Gantagskommission eingebrachten Anträgen einstimmig zu. I. a. sollen Verhandlungen angeknüpft werden, die die entbündigten Vorarbeiten zur Schaffung des Graphischen Induzierverbandes ergeben. Der Gantag soll dem Vertreter des Gaus Mittelrhein bei den noch in diesem Jahr stattfindenden Verhandlungen über Ortsaufsätze und Spartenbestimmungen zur Pflicht machen, jede Verschlechterung abzulehnen. In unserm Gau sollen sofort Maßnahmen vorbereitet werden, die künftig alle Verschlechterungen des Wortes- und Lohnsatzes verhindern. Der Gauvorstand wird beauftragt, das Gauvermögen greifbar zu halten. Die übrigen Anträge bringen die Annahme Änderung der Geschäftsleitung innerhalb des Gaus, der Geschäftsregelung für die Angelegenheiten usw. In der Diskussion wurde noch einmal das Verhalten des Gauvorstandes verurteilt, der den Gantag verhindern wollte. Nachdem die Delegierten gewußt und einige Bezirksangelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung mit dem neuen Kampfruf der Eisernen Front „Freiheit“ und der „Internationalen“, welche begleitet von den Kollegen gesungen wurde, geschlossen.

Allgemeine Rundschau

Erledigter Buchdrucker-Konflikt im Saargebiet. Als Abschluß eines Lohnkonflikts der Buchdruckerarbeitschaft im Saargebiet, dessen Ursachen nachstehend noch klargelegt werden, kam am 28. Juni zwischen den Tarifparteien eine Vereinbarung zustande, nach der bis zum 31. August d. J. die bisherigen Lohnverhältnisse bestehen bleiben und erst später eine tarifrechtliche Übertragung des deutschen Buchdruckerlohntarifs auch auf das Saargebiet ertret

werden soll. Diese Vereinbarung gilt auch für die Buchbinder und das Hilfspersonal. — Bereits im Februar dieses Jahres hatte die graphische Arbeiterschaft des Saargebiets einen sechshundertprozentigen Lohnabbau hingenommen, um das Gewerbe — nach dem Wunsch eines Unternehmers — vor dem Untergang zu retten. Aber schon bei den Februarverhandlungen war ersichtlich, daß die Unternehmer die teilweise Notlage im Gewerbe dazu benützen wollten, um den Arbeitern die letzten Erwerbschancen zu entreißen. Wenn es dazu noch eines Beweises bedürft hätte, dann ist dieser durch die im Monat Mai erfolgte erneute Kündigung des Lohntarifs vollständig erbracht. Die Lebensverhältnisse haben sich während der kurzen Dauer des letzten Lohnabkommens weiter verschlechtert. Trotzdem stellten die Unternehmer bei den Verhandlungen den Antrag auf weitere Herabsetzung der Löhne um 5,5 Proz. Nach ergebnislosen Verhandlungen wurde unter Vorbehalt von Herrn Professor Dr. Brahm in der erweiterten Saarkommission ein Schiedsspruch gefällt, der eine Herabsetzung der Löhne um 3 Proz. vorsah. Aber auch dieser Schiedsspruch wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt, da eine weitere Kürzung der Löhne von der zum größten Teil vorwärts arbeitenden Kollegenstaffel einfach nicht mehr ertragen werden kann. Eine weitere Verhandlung vor dem Arbeitsminister der Regierungskommission des Saargebiets führte ebenfalls zu keiner Einigung. Am nun den Lohnabbau trotzdem durchzuführen zu können, kündigten die Unternehmer auf Anordnung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs den gesamten Belegschaften, um Einzelarbeitsverträge mit verkürzten Löhnen durchzuführen zu können. Dieses Vorhaben wurde aber von der Kollegenstaffel durchkreuzt, indem die Kündigungen angenommen und mit Ablauf desselben am 25. Juni die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde. Das geschlossene Vorgehen der Arbeiterschaft hatte zur Folge, daß eine Reihe von Betrieben die Kündigungen zurückgenommen und auf einen Lohnabbau verzichtet haben. Unter diesen Firmen befindet sich auch der größte Betrieb des Saargebiets. Für die noch ausgesperrten etwa 400 Arbeiter wurden dann Ersatzkräfte unter allen möglichen Versprechungen gesucht. Besonders spekulierten die Unternehmer auf die arbeitslosen und durchreisenden Kollegen, die sie durch lange Arbeitslosigkeit so weit zermürbt glauben, daß sie ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Diese Spekulation hat sich jedoch als völlig verfehlt erwiesen; womit wieder einmal bewiesen ist, daß sich die maßgebenden Ratgeber des Deutschen Buchdrucker-Bereichs auch nach dieser Richtung auf dem Holzweg befinden und daß eben die kollegiale Verbundenheit der deutschen Buchdrucker im Saargebiet so wenig wie anderwärts erschüttert werden kann!

Weiterprüfung. Vor der Weiterprüfungskommission für das Buchdruckerhandwerk in Frankfurt a. M. haben von zehn Prüflingen die nachstehenden fünf die Weiterprüfung bestanden: Wilhelm W. (Coesberg i. L.), Hermann Hilfer (Frankfurt a. M., Adelsheim), Wilhelm Fröbel (Frankfurt a. M.), Wilhelm Wölfler (Frankfurt a. M.), Joseph Waldschmidt (Schmitt i. L.).

Geschäftsprüfung. Ende Juni fand in der Berufsschule zu Wuppertal-Barmen die diesjährige Geschäftsprüfung statt. An derselben beteiligten sich 12 Seher und 6 Drucker. Im Praktischen erhielten die Note Gut 2 Seher und 2 Drucker, die Note Genügend 8 Seher und 4 Drucker. Im Theoretischen erhielten 4 Seher und 4 Drucker die Note Gut und 6 Seher und 2 Drucker die Note Genügend. 2 Seher einer Wuppertaler größeren Zeitungsdruckerei („General-Anzeiger“) erhielten die Note Ungenügend und haben die Prüfung nicht bestanden.

Aus dem Briefkasten der „Buchdrucker-Woche“. „Kollege in Württemberg. Ihre Mitteilung, daß Sie in diesem Jahr wieder nicht in Urlaub fahren können, ist nichts Neues für uns. In zehn Briefen, die aus Kollegenreisen in uns gelangen, schreiben fast davon sicher, daß es in diesem Jahr wirklich nicht ginge. Wir glauben ganz gern, daß die Not überall eindringt, und der Buchdrucker bleibt am allerwenigsten davon verschont — aber glauben Sie nicht auch, lieber Kollege, daß eine noch so kleine Ferienunterbrechung nicht sicher ist, als das Brüten über Zahlungsbesehlen, Kalkulationen und sonstigen Betriebsziffern? Vierzehn Tage aus dem Bau — und Sie sind ein ganz anderer, frischer Mensch! Ohne Reisegeld kostet ein bescheidener Ferienaufenthalt heute 5 bis 6 M. je Tag — das müssen Sie erschwüngen! Andre Luft um die Nase, andre Menschen vor dem Gesicht, und Sie kommen jung und kräftig wieder und können mit neuem Mut den alten Karren treten. Damit Ihr Nachbar sieht, daß es Ihnen genau so geht wie ihm, und daß es bei ihm genau so faßlich ist, wie bei Ihnen, wenn er in Trübsal zu Hause sitzen bleibt, haben wir unsere Antwort an Sie dem Briefkasten übergeben. Willst du nehmen es die andere sechs auch gleich als Antwort und Aufmunterung!“ Das ist nun die zweite Preisnotiz, in der man den Prinzipalen plaustibel macht, daß sie eine Ferienholung benötigen. Was die Gehilfen mit ihren Hungergezeiten anfangen, darum klimbert sich kein Mensch. Gewiß ist der Nutzen einer Ferienholung der, wie er in obigem geschildert wird. Haben aber die Gehilfen diese Erholung nicht auch nötig, haben sie nicht auch Ursache, in andre Luft zu kommen, um jung und kräftig und mit neuem Mut wieder an ihre Arbeit und in ihre Alltags Sorgen zurückkehren zu können? Wenn die Unternehmer klagen, keine Ferien machen zu können, obwohl sich ihr Lohnkonto um die 25 Prozent erhöht hat, die man den Gehilfen genommen hat, was sollen dann die Gehilfen sagen. War dann nicht die Forderung der Beizapale auf Senkung des Ferienlohns der Gehilfen ein Raubbau an deren Gesundheit?

Keine Anrechnung der Verbandsunterstützung auf die Arbeitslosenunterstützung. Gegen die mehrfach bekannt gewordene Absicht der Reichsregierung, die gewerkschaftlichen Unterstützungen für arbeitslose Mitglieder auf die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung anzurechnen, haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen in einer

Eingabe energischen Protest erhoben. Die Ankündigung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, bei Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung ihre bisherigen Leistungen einzustellen, hat schnell gefruchtet. Der Reichsarbeitsminister weist jetzt darauf hin, daß keine Bedenken bestehen, Unterstellungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitsförderung bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen außer Anlaß zu lassen. Die an die Regierung gerichtete Warnung der Gewerkschaften gab der kommunistischen Presse Anlaß, von einem Zusammenstoß der Gewerkschaften mit der Vapenregierung zu phantastieren. Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Schreiben der Gewerkschaften ist ein klarer Beweis, daß die kommunistische Presse wieder einmal ohne jeden Grund und völlig gewissenlos darauflos geht. Der Inhalt des an den Reichsarbeitsminister gerichteten Schreibens der Gewerkschaften war für jeden Menschen mit normalem Verstand vollkommen einleuchtend. Sie wandten sich gegen die drohende Anrechnung und forderten vom Reichsarbeitsminister, daß er durch eine Anweisung solche Anrechnungen ausschließe, und sie begründeten dieses Verlangen auch mit dem fehlenden Rechtscharakter der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Sie erklärten, daß die Gewerkschaften nicht dazu da sind, um die öffentlichen Mittel zu erschöpfen und daß, falls die Anrechnung erfolgen sollte, die bisherigen Leistungen insoweit eingestellt werden müßten. Niemand in den Gewerkschaften denkt daran, auf diese Weise Gelder einzuparieren. Es ist vielmehr ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften stets Mittel und Wege finden würden, die zur Verfügung stehenden Mittel auch weiterhin im Interesse ihrer arbeitslosen Mitglieder zu verwenden. Kein Gewerkschaftsmitglied aber könnte Interesse daran haben, daß durch den Einlaß der Gewerkschaftsmittel die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung oder die Arbeitslosenförderungsanstalten von eigenen Verpflichtungen entlastet werden.

Jüngerlöhne für Rotverordnungsgebiete. Auf dem Textilarbeitsnachweis in Berlin (Gneisenaustraße) wurden dieser Tage 30 junge Mädchen von einer Dortmunder Uniformfabrik angefordert, die das Nähen von Uniformjassen für die SA. verfertigt. Für das Nähen der Jassen sollte ein Preis von 0,06 M. pro Sache bezahlt werden. Außerdem erhalten die Mädchen Unterkunft und Verpflegung. Das ist der Geist des Dritten Reichs.

Die Unternehmer fordern Koalitionsfreiheit! Auf der letzten Sitzung des Hauptauschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte man sich mit der Koalitionsfreiheit des Unternehmers. Der Referent Müller (Dorlinghausen) ging nach dem offiziellen Pressebericht davon aus, daß nach den Grundzügen der Reichsverfassung nicht nur die Koalitionsfreiheit auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet, sondern auch die wirtschaftliche Koalitionsfreiheit des Unternehmers und des Konsumenten gewährleistet sein müsse, die ein notwendiges und unentbehrliches Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Gütererzeugung und -verteilung sei. Staatliche Zwangsmassnahmen seien grundsätzlich zu befürworten, gleichgültig, ob sie die Preise oder die Löhne betreffen. „Wenig“, die Kartellgesetzgebung, die Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen bekämpfe, so würde sie den Reichsverband immer an ihrer Seite finden.“ Die Unternehmer verlangen für sich Koalitionsfreiheit, als ob sie diese bisher nicht gehabt und reichstochslos ausgeübt hätten. Es soll in Deutschland 2500 bis 3000 Kartelle und kartellähnliche Gebilde geben. An dieser ungeheuren Zahl kann man ersehen, wie diese Herren die Koalitionsfreiheit ausgeübt haben. Daneben bestanden ohne Handelskammern und ähnliche Organisationen nach den letzten Feststellungen an Unternehmerorganisationen: 1476 Reichsverbände, 2157 Landes- und Bezirksverbände und etwa die gleiche Zahl Ortsverbände. Von 1909 bis 1929 haben die Reichsverbände um 2000 und die Landes- und Bezirksverbände um 400 Proz. zugenommen. Dazu treten Kartelle, Handelskammern und dergleichen mehr. Bei einem solchen Organisationsapparat klingt es pharisäerhaft, wenn man nach Koalitionsfreiheit verlangt. Die nach unserer Meinung geringen Beschränkungen durch die Kartellgesetzgebung lassen die Koalitionsfreiheit in vollem Umfang bestehen. Die Koalitionsfreiheit der Unternehmer und der Konsumenten gleichzusetzen, ist nach unserer Meinung ein Unfug. Die gesplitteteren Konsumenten sind mit den Besitzern der Produktionsmittel, den Unternehmern, nicht zu vergleichen. Oder will man etwa die wenigen Mitglieder (Großkonzerne) des rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikats mit den zahlreichen Kohlenverbraucher auf eine Stufe stellen? Die Unternehmer sind doppelt und dreifach organisiert. Keine Beschränkung hat sie daran gehindert, ihren Organisationsapparat als Wachstumsinstrument aufzubauen. Daneben erscheint uns die Organisationsmacht der Arbeiter, Angestellten und Beamten als sehr gering.

Butler, Direktor des Internationalen Arbeitsamts. Wie aus Genf gemeldet wird, ist am 1. Juli der bisherige stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Butler, vom Verwaltungsrat in einer nichtöffentlichen Sitzung zum Direktor gewählt worden. Wäre Einzelheiten über die Wahl liegen bisher nicht vor. Wramnaes, der dänische Finanzminister, von dessen Kandidatur in den letzten Tagen vielfach die Rede war, scheint seine Kandidatur nicht aufrechterhalten zu haben. Die Kandidatur von Hentz de Man hatte wohl überhaupt keine Aussicht. Unter diesen Umständen wird die Wahl von Butler so gut wie unvermeidlich. Butler war bis zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Direktor des Internationalen Arbeitsamts ein hoher Beamter des englischen Innenministeriums. Soziales Verständnis und christliches Bemühen kann ihm nicht abgesprochen werden. Zweifel aber muß man in seine Fähigkeiten haben, sich in die Fügung der Arbeiterklasse zu verziehen und eine andre als die angelsächsische Welt zu erfüllen. Ob der zu ernennende Bizektor dieses Amtes ausfüllen wird, hängt natürlich wesentlich von der Persönlichkeit ab, die Butler für dieses Amt ernennen wird.

Beginner der Abbau der Zollmauern. Kürzlich ist eine Broschüre in die überhöhten Zollmauern Europas gesteckt worden. Holland, Belgien und Luxemburg haben eine Zollkonvention abgeschlossen, die als ein Lichtblick in der schwarzen Gegenwart betrachtet werden kann. Belgien und

